

ZUR VERFÜGUNG

VOM: 26. April 1984

AZ.: 610-13/63-05/Nie-5/Kl.

1. Erfordernis, Zweck und Ziel der Änderung des Bebauungsplanes:

Im Gemeindegebiet sind baureife Grundstücke erschöpft. Um dem dringenden Bedarf gerecht zu werden und um gleichzeitig städtebauliche Mißstände, insbesondere des Verkehrs, zu beseitigen, wurde unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange beschlossen, den Bebauungsplan aufzustellen und mit dessen Verwirklichung sofort zu beginnen. Er enthält nur, soweit erforderlich, Festsetzungen zur städtebaulichen Ordnung des im Geltungsbereich liegenden Gemeindegebietes und er entspricht dem aufgestellten Flächennutzungsplan. Im übrigen wird auf den Hinweisbeschluß gem. Anlage 1 des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz in Koblenz vom 8.5.1979, Az.: 10 C 21/78 verwiesen.

2. Beschaffenheit des Plangebietes - Grundstücke:

Der Geltungsbereich erstreckt sich nördlich der Landstraße L 528 und liegt östlich des Dorfbestandes und umfaßt die Grundstücke: Plan-Nr. 1395/4, 1395/3, 157/3, 157/2, 157, 156/3, 162, 164/2, 165, 164/3, 163/1, 349/14, 349/15, 350/6, 350, 350/2, 350/3, 350/5, 351, 351/2, 1394/2, 1394, 1393/2, 1393, 331, 331/2, 330/2, 330, 329/1, 1379/3, 1380, 1380/3, 1380/2, 1381/4, 1382/4, 1382/5, 1382/6, 1383/5, 1383/6, 1383/4, 1383/7, 1381/5, 1382/7, 1382/8, 1382/9, 1383/8, 1383/9, 1383/10, 1384/1, 1381/2, 1381/3, 1392/3, 1392/4, 1392/5, 1392/9, 1392/10, 1392/11, 1392/12, 1391/8, 1391/9, 1391/10, 1464/3, 1464/4, 1464/5, 1464/8, 1464/7, 1464/6, 1465/1, 1466, 1466/2, 1391/13, 1391/14, 1464/9, 1464/10, 1469/11, 1391/14, 1464/14, 1464/13, 1464/12, 1467/4, 1467/5, 1467/6, 1467/7, 1468/4, 1468/6, 1468/7, 1469/1, 1469/2, 1469/3, 1470/1, 1470/2, 1470/3, 1464/16, 1464/17.

Es wird begrenzt im Osten durch die Grundstücke:

Plan-Nr. 1463/2 und 1471.

Im Süden durch die Hauptstraße (L 528) und die Grundstücke Plan-Nr. 1398/6, 1397/3, 1398/11, 1398/2, 1397/4, 1398/10, 155/2, 155/1.

Im Norden durch den Friedhofweg, den Triftweg, Hintergasse und die Straße "Am Gutenbrunnen".

Im Westen durch die Plan-Nr. 332/2, 335/25, 334/8, 333/7, 349/12, 349/13, 166/5, die Hauptstraße L 528, die Plan-Nr. 125, 126 und 127.

3. Maßnahmen zur Bodenordnung:

Der Bebauungsplan bildet die Grundlage für die Teilung der im Geltungsbereich liegenden Grundstücke. Die Gemeinde kann nach Maßgabe eine Umlegung anordnen und soweit erforderlich, durchführen lassen. Die Flächen für den Gemeinbedarf sind in das Eigentum der Gemeinde zu übertragen.

4. Sicherung der Erschließung:

Die Anlagen für Strom, Wasser und Abwasser sowie Straßenausbau werden entsprechend den Erfordernissen der Bebauung und des Verkehrs hergestellt und sollen bis zur Fertigstellung der baulichen Anlagen benutzbar sein. Die jeweiligen Erschließungsbeiträge werden aufgrund von Gemeinbesatzungen erhoben.

5. Kostenanteil der Gemeinde:

Zur Verwirklichung der städtebaulichen Maßnahmen verbleiben der Gemeinde Kosten in Höhe von DM .ca..100.000,--.

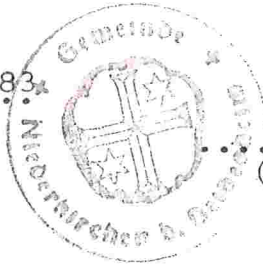
Niederkirchen, den 01.07.1982



[Handwritten signature]
.....Rau.....
(Ortsbürgermeister)

Die Begründung hat mit dem Bebauungsplan öffentlich ausgelegt.

Niederkirchen, den ...20.06.1983.



[Handwritten signature]
.....Rau.....
(Ortsbürgermeister)

10 C 21/78

Verbandsgemeindeverwaltung Deidesheim			
Eing: 25. MAI 1979			

H i n w e i s b e s c h l u ß

In dem Normenkontrollverfahren

des Herrn Norbert R e i n h a r d t , Hauptstraße 28,
6701 Niederkirchen,

- Antragsteller -

Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Bedau, Gabelsberger
Straße 7, 6730 Neustadt a. d. Weinstraße,

g e g e n

die Gemeinde Niederkirchen, vertreten durch die Verbandsgemeinde-
verwaltung 6705 Deidesheim,

- Antragsgegnerin -

w e g e n Normenkontrolle

hat der 10. Senat des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz
in Koblenz aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 08. Mai
1979, an der teilgenommen haben

Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Bickel
Richter am Oberverwaltungsgericht Dr. Bender
Richter im Nebenamt Professor Dr. von Mutius
Richter am Oberverwaltungsgericht Fritzsche
Richterin am Oberverwaltungsgericht Spelberg,

beschlossen,

die Beteiligten auf folgendes hinzuweisen:

Wie sich aus den Verwaltungsakten und insbesondere
aus den Darlegungen des Vertreters der Ortsgemeinde
Niederkirchen in der mündlichen Verhandlung vor
dem Senat ergibt, sollte durch die Aufstellung
des Bebauungsplanes "Im Gutenbrunnen" die weitere
wirtschaftliche Nutzbarkeit des landwirtschaft-
lichen Betriebes des Antragstellers nicht beein-

BVerwG, DVBl 78, 815 ff. und OVG Rh-Pf AS 15, 60 ff.).

Die Beteiligten werden gebeten, zu diesem Hinweisbeschuß bis spätestens 30. Juni 1979 Stellung zu nehmen.

gez. Dr. Bickel

gez. Dr. Bender

Prof. Dr. v. Mutius ist wegen Ortsabwesenheit gindert, seine Unterschrift beizufügen

gez. Dr. Bickel

gez. Fritzsche

gez. Spelberg



Ausgefertigt

Spelberg

Justizangestellte
Urkundsbearbeiter der Geschäftsstelle
des Oberverwaltungsgerichts
Rheinland-Pfalz

Vermerk:

1. Empfangsbekanntnis am 28.5.79 ausgefertigt und der OVG Koblenz zurückgegeben.
2. Eine Anfertigung des Kenntnisbescheides am 4. Bestenfalls Rhi gegeben 2. Bearbeitung im Abrechnungswesen
3. w.v. 15.6.79